

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2022

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute bringe ich einen Haushaltsplanentwurf ein, der ein Defizit zum Ergebnis hat. Und noch schlimmer: auch die Haushaltsjahre 2023 und 2024 weisen in der mittelfristigen Finanzplanung jeweils relevante Defizite auf.

Wer die veränderten haushaltsrechtlichen Vorgaben im Kopf hat, der wird sich darüber wundern, denn nicht ausgeglichene Haushaltsplanentwürfe sollen doch von den Kommunalaufsichten nicht genehmigt werden. Ja, genau so ist es!

Und deshalb ist Gegenstand der heutigen Einbringung nicht nur ein Planwerk in Form des Haushaltsplanentwurfes. Unmittelbar damit verbundener Bestandteil ist das Haushaltskonsolidierungsprogramm, bei uns traditionell „Finanzsicherungskonzept“ genannt, das ich Ihnen in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt habe.

Und noch ein weiteres Element ist Teil des Systems der kurz- und mittelfristigen Finanzplanung. Ich meine die Aufstellung zu den erwartbaren Gewinnabführungen seitens des Eigenbetriebes Stadtentwicklung, ohne die die erforderlichen Haushaltsausgleiche für 2022, 2023 und 2024 auch bei konsequenter Anwendung der vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht denkbar wären.

Damit habe ich zu Beginn meiner Rede bereits die Katze aus dem Sack gelassen:

Wir brauchen für die Zeit zwischen 2022 und 2024 zwingend ein System aus Einnahmemehrung, Ausgabenreduzierung, zeitlicher Ausgabenverschiebung und konzerninterner Gewinnabführung, um zu genehmigungsfähigen Haushalten kommen zu können.

Um Ihnen systematische Klarheit bei der Arbeit an dem Planwerk, der Gewinnausschüttungsstrategie und dem Konsolidierungskatalog zu ermöglichen, erhalten Sie alles ordentlich voneinander getrennt. Der Haushaltsplanentwurf enthält folglich für die Jahre 2022, 2023 und 2024 die Defizitbeträge, die OHNE Konsolidierung und OHNE Gewinnausschüttung durch den Eigenbetrieb Stadtentwicklung entstehen würden. Erst die Hinzuziehung dieser beiden ergebnisverbessernden Ebenen ermöglicht den Haushaltsausgleich und damit ein genehmigungsfähiges Planwerk.

Ich bitte Sie daher darum, diese Systematik immer mitzudenken. In einem relevanten Punkt erfährt die systematische Klarheit allerdings eine Abweichung: Bei den Personalkosten ist Konsolidierung bereits eingeplant. Gewählt wurde ein niedrigerer Ansatz, als er sich rechnerisch bei Vollbesetzung ergeben würde. Dieser resultiert auch aus der Vorgabe, bei Stellenbesetzungen eine dreimonatige Sperre vorzusehen – dies gilt allerdings nicht für das pädagogische Personal.

Der Entwurf für den Haushaltsplan 2022 weist entsprechend der dargestellten Systematik ein Defizit in Höhe von 3.948.191 Euro aus. Bei der mittelfristigen Finanzplanung ergeben sich weitere Defizite, die im Jahr 2023 planerisch eine Höhe von 3.823.258 Euro und für 2024 2.117.747 Euro betragen. Erst für 2025 ergibt sich wieder die Situation, dass wir über eine Einnahmehöhe verfügen können, die es uns möglich macht, mehr als eine schwarze Null zu erwirtschaften.

Die Behauptung aber, der Kämmerer hätte Ihnen eine defizitäre Haushaltslage vor die Füße geworfen, ohne aufzeigen zu können, wie sich diese bewältigen lasse, kann nicht erhoben werden. Ich lege Ihnen nämlich heute ein System aus Zahlen, Maßnahmen und Ausgleichsregelungen vor, das **in seinem Zusammenspiel** einen genehmigungsfähigen Haushalt ermöglicht.

Unbestreitbar ist der bereits erwähnte Konsolidierungs- und Ausgleichsbedarf auf die Coronakrise zurückzuführen, die zu nicht erwartbaren Einnahmeausfälle in gravierendem Maße geführt hat. Mehr als 4 Millionen Euro erwirtschaften wir jährlich weniger aus der ansonsten gut gedeihenden Gewerbesteuerquelle, weil Unternehmen von der Coronakrise in ihrer wirtschaftlichen Grundlage massiv betroffen sind. Kurzarbeit, Entlassungen, Staatshilfen und Unternehmensumstrukturierungen sind sichtbare Folgen einer mehrjährig wirkenden Krise, die sich an unserem Standort vor allem auf die Unternehmen auswirkt, die unmittelbar oder mittelbar mit Luftverkehr zu tun haben.

Dabei können wir noch froh sein, dass es mittlerweile eine Aussicht auf das Ende der negativen wirtschaftlichen Folgen gibt. Noch vor einem Jahr traten renommierte Unternehmen an mich heran und erklärten ihre Absicht, sich räumlich so weit konsolidieren zu wollen, dass sie den Standort Raunheim aufzugeben beabsichtigten. Nun, diese Konsequenzen sind erfreulicherweise nicht eingetreten. Es lässt sich leicht vorstellen, mit welchen Folgen es verbunden gewesen wäre, wenn Raunheim wichtige Wirtschaftsplayer verloren hätte.

Eine der schwersten Krisen seit Jahrzehnten ist über unser Land und damit auch über unsere Stadt gezogen, und wir sind nun gehalten, die Auswirkungen zu managen.

Und ja, wir reden von Krisenmanagement.

Zugleich, und das soll heute der Schwerpunkt meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes mit seinen verschiedenen Bestandteilen sein, will ich Ihnen aber vermitteln, dass nach meiner Auffassung die Bezeichnung KRISE doch zu weitreichend ist.

Dieses Land hat im letzten Jahrhundert nun wahrlich echte Krisen erlebt. Denken wir mal rund 100 Jahre zurück, und ich spare hier das Leid während der Weltkriege bewusst aus, da zeichnete sich die dramatische Inflationszeit gerade ab. Lohnempfänger und Sparer verloren in nie gekanntem Maße ihr redlich verdientes Geld. Und nach dem Zweiten Weltkrieg war abermals die bestehende Währung nichts mehr wert und Sachwerte sowie Immobilien waren in riesigem Umfang zerstört. Was im privaten Bereich an Werten noch vorhanden war, wurde eingesetzt, um an Nahrungsmittel zu gelangen, die es in Geschäften so gut wie gar nicht mehr gab.

Sie sehen, dass ich hier von Krisen spreche, die entsprechende Entbehrungen zur Folge hatten.

Es darf als ganz großes Glück angesehen werden, dass unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und auch unser Wohlstand ein solche Stabilität erreicht haben, dass objektiv krisenhaft wirkende Vorfälle wie die weltweit grassierende Corona-Epidemie bislang nicht dazu führten, dass es tatsächlich zu wahrnehmbaren Entbehrungen auf Seiten der Bevölkerung gekommen ist.

Die Stärke unseres Gemeinwesens hat sich bislang als so hinreichend gezeigt, dass die Bevölkerung vor relevantem Schaden bewahrt werden konnte.

Nichts anderes ist aktuell in Raunheim zu beobachten. Obwohl gerade unsere Stadt aufgrund ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur in besonderem Maße von den krisenhaften Folgen der Corona-Epidemie betroffen ist, scheinen wir an wirklich schmerzhaften Konsequenzen vorbeizukommen.

Was ich meine, ist schnell belegbar:

Nahezu alle freiwilligen Leistungen, die die Stadt Raunheim in den letzten Jahrzehnten für seine Bevölkerung aufgebaut hat, bleiben erhalten und werden in gleichem Umfang und zu den gleichen (sozialen) Konditionen ermöglicht wie vor der Coronakrise.

Die besonders wichtigen Leistungen für Kinder und Jugendliche, nämlich die ergänzenden Betreuungs- und Bildungsförderungsleistungen werden trotz vorgesehener Anpassungen auch weiterhin so kostengünstig für die Eltern angeboten, wie das in keiner anderen Stadt in der Region geschieht.

Für Seniorinnen und Senioren sind keinerlei Leistungseinschränkungen vorgesehen. Die etablierten Einrichtungen bleiben offen und bieten auch weiterhin ein vielfältiges Angebot, das dem Gesundheitsschutz dient und der Vereinsamung entgegenwirkt.

Richtet man den Blick auf die Punkte, die im Konsolidierungsprogramm adressiert sind und die zu Ergebnisverbesserungen führen sollen, dann muss man objektiv feststellen, dass diese durchweg verdaulich erscheinen und in keiner Weise mit Entbehrungen für die hier lebenden Menschen verbunden sind. Die Stadt hat in den letzten Jahren in großem Umfang Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erweitert und die soziale, technische sowie verkehrliche Infrastruktur auf den modernsten Stand gebracht. Wenn also jetzt, nach Möglichkeit zeitlich begrenzt, die zu bewältigende Last ergänzender Einnahmen über alle Schultern hinweg in moderatem Umfang zu tragen sind, so steht dies in einem zu rechtfertigenden Verhältnis zu Qualität und Quantität der für die Bevölkerung zur Verfügung stehenden Leistungen.

Raunheim bleibt im Nordkreis Groß-Gerau auch nach der notwendigen Anpassung der Grund- und Gewerbesteuer die Stadt, in der die Menschen vergleichsweise wenig Steuerlast zu tragen haben. Aktuell planen die meisten der Kommunen, die derzeit noch vergleichbar niedrige Hebesätze wie Raunheim haben, eine deutliche Anhebung. Sollte Raunheim also ab dem kommenden Jahr einen Grundsteuerhebesatz von 640 Punkten haben, dann wird es damit am unteren Rand der Hebesätze im Nord- und Mittelkreis liegen.

Diese Wahrheit hat auch dann noch Bestand, wenn sich an den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eine politisch motivierte Diskussion darüber entzünden sollte, ob diese gerechtfertigt und zumutbar erscheinen.

Nachdem ich den Blick auf die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gelenkt und diese ausdrücklich als vertretbar bewertet habe, möchte ich aber noch auf ein haushaltsbegleitendes Kostenfeld schauen. Ich meine die Gebühren für Wasser-, Schmutz- und Niederschlagswasser, Müllentsorgung sowie die Kosten für Energie (Strom, Öl, Gas und Treibstoffe). Ganz bewusst fasse ich hier Kostenarten zusammen, die nur zu einem kleinen Teil durch die Stadt Raunheim zu verantworten sind. Ich möchte aber einmal unter dem Eindruck der Diskussion über eine klimapolitisch verantwortungsorientierte Politik einen Blick in die Zukunft wagen.

Die Stadt Raunheim wird das Niveau bei Steuern, Entgelten und sonstigen Abgaben aufgrund seiner zunehmenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den kommenden zwanzig Jahren erfolgreich begrenzt halten können. Wenn man betrachtet, wie wir das Gewerbesteueraufkommen in den letzten Jahren nach oben schrauben konnten, obwohl wir erst am Anfang der Neuflächenbesiedlung auf Airport Garden und Airgate One stehen, dann kann schnell plausibel gemacht werden, dass das uns noch zur Verfügung stehende Potential Sorgen kaum berechtigt erscheinen lassen. Anders wird sich das aber bei Gebühren und Energiekosten darstellen: Die Menschen werden damit zurechtkommen müssen, dass die Kosten für Umweltfolgen unseres Lebensstils mehr und mehr eingepreist werden. So werden beispielsweise höhere Reinigungsaufwände in der Klärung der Abwässer (Medikamente, Mikroplastik) zwangsläufig in die Gebührenhöhe einfließen. Ein

sorgsamerer Umgang mit Trinkwasser wird sich auch im Preis für dieses abbilden. Höhere Kosten für Energieeinsatz aufgrund ungedämmter Hausfassaden sind zwangsläufig, und auch der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV oder das Fahrrad wird nur dann erfolgreich vorangebracht werden können, wenn die Kosten für Treibstoffe auch den Aufwand für die Maßnahmen enthalten, die zur Bewältigung der umweltschädlichen Wirkung des Individualverkehrs notwendig werden.

Konkret heißt das, dass wir weniger mit Sorge auf die Zukunft der Haushaltsjahre ab 2025 schauen sollten, als vielmehr auf die immens steigenden Kosten bei Gebühren und Energiepreisen. Und dann wird es meiner persönlichen Auffassung auch nicht mehr so sein wie im Moment, wo wir über Krise sprechen, tatsächlich aber auf dem bestehenden Lebens- und Angebotsniveau weiter operieren. Wir werden lernen müssen, dass wir für die Erreichung eines ambitionierten Ziels, nämlich der Rettung der uns bekannten und uns zuträglichen natürlichen Lebensgrundlagen, unseren Lebensstil ändern und uns im Hinblick auf die Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen auch einschränken müssen.

Die Stadt Raunheim wird bei der Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität, zur Abwehr bzw. Abmilderung des Klimawandels und zur Reaktivierung einer gesunden Waldlandschaft in den kommenden Monaten und Jahren engagiert vorgehen. Und dabei wird es zu Vorschlägen und Maßnahmen kommen, die auf die Änderung des Lebensstils zielen. Einschränkungen entstehen folglich über dieses Handlungsfeld, nicht über die finanzielle Lage der Stadt.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, aber noch einen weiteren Exkurs, der sich üblicherweise nicht in Reden zur Einbringung eines Haushaltes findet.

Zur Änderung des Stils des Lebens in einer (unserer) Stadtgesellschaft sollte meiner persönlichen Auffassung nach auch die Haltung gegenüber dem stehen, was seitens der Stadt zur Daseinsvorsorge und zur Optimierung der Lebensumstände in den vergangenen Jahren beigetragen und geschaffen wurde.

Uneingeschränkt objektiv lässt sich darstellen, dass das Angebotsspektrum, das Stadtbild und die infrastrukturellen Gegebenheiten massiv ausgeweitet und verbessert wurden. Interessanterweise aber steht dieser Zuwachs nicht in gleichem Verhältnis zur Wertschätzung dieses Mehr an Leistung und Wohnumfeldqualität.

Anders verhielt sich das noch zu Zeiten, als verbessernde Maßnahmen aus Gründen der Finanzmittelknappheit nur durch unmittelbare Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger in eine Angebotsausweitung oder eine Baumaßnahme realisiert werden konnten.

Gefeiert und bejubelt wurden beispielsweise die Herstellung der Freisportanlage, der Kleingartenanlage am Schnelser Weg und sogar ein schlichter Zaun zum Schutze von Kindern entlang der Bahngleise an der Karlstraße. Zweifellos ist die besondere positive Würdigung dieser Projekte in der öffentlichen Wahrnehmung darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung selbst aktiv mitarbeitete.

Ich bin auf Basis dieser Erfahrung der Meinung, dass wir die durch die Corona-Pandemie ausgelöste finanzielle Schwäche zum Anlass nehmen sollten, dauerhaft wieder zu dem System der Kopplung von Entwicklungswunsch und Realisierungsbeteiligung zu kommen. Daher ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgesehen, zahlreiche Investitionen unter den Vorbehalt der Beteiligung der Stadtgesellschaft zu stellen – und, solange ich noch Verantwortung für die

Haushaltsplanerstellung trage, werde ich das auch für die kommenden Haushaltsjahre so vorsehen.

Beginnen möchte ich damit schnellstmöglich. Bereits im März soll der Platz der Verschwisterung unter Beteiligung der Bevölkerung neu bepflanzt und wieder attraktiv gestaltet werden. Auch die Aufwuchspflege neu angeplanter Bäume im Wald und im Stadtgebiet sollte mit unmittelbarem Zutun der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Die Gestaltung und der Erhalt unserer guten Wohnumfeldqualität wie auch der natürlichen Lebensgrundlagen sollte nicht mehr länger einfach in die Verantwortung der Stadt delegiert erscheinen. Hierzu gibt es übrigens auch einen interessanten Input von Mitgliedern der Rüsselsheimer CDU auf facebook. Gerne stelle ich diesen im Rahmen der Beratung dieses Entwurfes mit seinen Anlagen mal dar.

Wir alle tragen Verantwortung dafür, was wir wie tun, um Ressourcen zu schonen, Komforthaltungen aufzugeben und Nachhaltigkeit zum natürlichen Prinzip unseres Handelns zu machen.

Insofern, meine Damen und Herren, hat diese Krise, die uns heimgesucht hat, vielleicht auch einen ganz wichtigen Nutzen gebracht, nämlich die Erkenntnis, dass es unserer Stadtgesellschaft mehr als nur eine Einsparung bringt, wenn sich alle wieder mit verpflichtet fühlen (müssen), gewünschte Vorhaben zu realisieren.

Zum Schluss noch, wie gewohnt, die wichtigsten Zahlen zum Entwurf des Planwerks:

- Ordentliche Erträge 40.226.344 €
- Ordentliche Aufwendungen 44.174.535 €
- Fehlbedarf -3.948.191 €
- Geplante Investitionen 2.644.400 € (abzgl. 850.000 € Zuschüsse)
- Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden im Haushaltsjahr 2022 nicht veranschlagt.
- Tilgungen von Darlehen erfolgen in Höhe von 1.047.417,00
- Geplantes Liquiditätskreditvolumen zur Sicherstellung der Liquidität: (wie im Vorjahr): 15.000.000 Euro

Abschließend danke ich den fleißigen Helfern in der Verwaltung für die Planerstellung und die Geduld mit mir beim Einfordern immer weiterer Ergebnisverbesserungen in so schwieriger Zeit.

Uns gemeinsam wünsche ich, dass wir mit den Planzahlen, den Einsparungs- und Einnahmemehrvorschlägen sowie der Gewinnabführungsstrategie am Ende im Konsens zu einer genehmigungsfähigen Haushaltskonzeption kommen, die uns neben 2022 auch 2023 sowie 2024 erfolgreich bewältigen lassen.



Thomas Jühe
Bürgermeister